

FRANKREICH IM UNIVERSITÄTSSTREIK

VOM VERSCHULTEN UNIALLTAG ZUM WOCHENLANGEN WIDERSTAND

Die juristische Fakultät in Grenoble hat ein attraktives Kursangebot im Völkerrecht entwickelt, scheint dabei aber die Förderung kritischen und eigenständigen Denkens vergessen zu haben. Während französische Jurastudierende kaum wagen, von der Meinung der ProfessorInnen abzuweichen, entpuppen sie sich in der Hochschulpolitik plötzlich als wahre Wölfe.

Wer sich in Grenoble für das „Diplôme d'Administration et Politiques Internationales“ (DAPI) entscheidet, kann zwischen unzähligen völkerrechtlichen Kursen pro Semester fast frei wählen. Allein zum Thema Menschenrechte gibt es mehrere Kurse parallel, das Angebot ist überwältigend. Auf ein Jahr verteilt sind neun Kurse zu belegen und jeweils mit einer Prüfung abzuschließen. Dabei können sogar an anderen Fakultäten erbrachte Leistungen angerechnet werden. Kurse der historischen oder philosophischen Fakultät sowie des politikwissenschaftlichen Instituts sind also in den völkerrechtlichen Abschluss integriert.

Die Abwechslung ist erfrischend – neben der gewohnt sturen Dogmatik eröffnen sich plötzlich neue Möglichkeiten zur Gestaltung des Studiums. Es entstehen interessante potentielle Stundenpläne: morgens Verfassungsrecht, danach Menschenrechte, mittags politische Entwicklung im Irak und abends noch ein bisschen Rousseau. Einem umfassenden und selbstbestimmten Studium scheint nichts im Wege zu stehen. Wer jetzt aber glaubt, in Grenoble gebe es lauter gebildete, aufgeschlossene und über den Tellerrand schauende Studierende, der irrt gewaltig. Trotz des kreativen Kursangebots mutet sich paradoxerweise kaum jemand umfassende und abwechslungsreiche Stundenpläne zu.

Dröger Fakultäts-Alltag ...

Grenoble, ein Paradies für Freiburger Studierende (gibt es doch an der Exzellenzuni im Süden gerade mal eine einzige völkerrechtliche Vorlesung pro Jahr)? Wer genauer hin sieht, erkennt ein verschultes System, in dem eigenständiges Arbeiten offenbar nicht üblich ist: Studierende erhalten jede Woche dicke Skripten, die es über das Wochenende zusammenzufassen gilt. Selbst im vierten Hochschuljahr wird nicht verlangt, dass Studierende sich über die Unterrichtsmaterialien hinaus in bestimmte Themengebiete vertiefen. Die selbständige Recherche in der Bibliothek wird nicht gefragt, nicht geübt und nicht einmal gefördert. Schließlich macht sich dann beim Schreiben der Masterarbeit

Verzweiflung breit – stundenlang muss in der Vorlesung erst noch besprochen werden, was eine Literaturrecherche ist und wo man in der Bibliothek Urteile des Internationalen Gerichtshofs findet.

Als aber im August 2007 unter der Ministerin für Hochschulwesen und Forschung Valérie Pécresse das neue Gesetz zur Autonomie der Hochschulen verabschiedet wird, ist der Campus plötzlich belebt. Neben einer neu geregelten Finanzautonomie der Hochschulen soll der Universitätsrat unter Einbindung Externer umstrukturiert werden und mehr Gewicht bekommen. Studierende in ganz Frankreich sehen in der „Loi Pécresse“, wie das Gesetz schlicht genannt wird, eine erhebliche Einschränkung demokratischer Strukturen an der Universität.

Hingegen bewegt die gleiche Problematik in Deutschland kaum jemanden; dabei lässt sich so einfach nachzählen, dass die Externen im Freiburger Universitätsrat schon längst in der Mehrheit sind.



Foto: Christine Zedler

... und wilder Ausnahmezustand

Bereits zwei Stunden nach dem ersten Streik-Beschluss am 13.11.2007 ist die Grenobler Uni verbarrikadiert. Es machen fast alle mit, selbst die Verwaltung hält sich an den Beschluss und scheint sich über unverhoffte freie Tage zu freuen, getreu dem Motto „Vive la grève“, es lebe der Streik. Währenddessen versammeln

sich die Studierenden zu Tausenden auf öffentlichen Plätzen. Es dauert ganze dreieinhalb Wochen, bis sich die Klausurwilligen gegen die Streikenden durchsetzen können und einen entsprechenden Beschluss in der Versammlung erwirken.

Der Streik findet indes seinen Höhepunkt, als der Präsident des angesehenen politischen Instituts (IEP) in der dritten Woche mit einer Eisenstange auf Studierende losgeht, die friedlich die Eingangstür des Instituts blockieren. Der Vorfall, der zufällig von einem französischen Kamerateam gefilmt wird, erreicht das ganze Land und kocht die Konflikte nur noch weiter hoch. Sogar die „Compagnies Républicaines de Sécurité“ (CRS), die mobile Bereitschaftspolizei Frankreichs, wird zum ersten Mal seit 1968 wieder gegen Studierende auf dem Grenobler Campus eingesetzt. Zur Enttäuschung der Streikenden kommt das Gesetz aber unverändert. Stattdessen macht Ministerin Pécresse mehr Geld für die Hochschulen locker. Der Streik nimmt so sein ernüchterndes Ende; das „Nein“ zum Streik wird aber faszinierenderweise von allen Seiten eingehalten. Man könnte dazu auch „fraternité“ sagen: Während der Vorlesung hat es ruhig zu sein, gegen undemokratische Gesetze ist heftig vorzugehen – aber wenn die Mehrheit den Streik nicht mehr will, wird er auch beendet. Ganz demokratisch.

Christine Zedler hat ein Jahr Jura in Grenoble studiert.